

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 655 Anfrage Koch Hannes und Mit. über die Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 655 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Hannes Koch hält an der Dringlichkeit fest.

Hannes Koch: Das Luzerner Volk hat die Pflegeinitiative mit 59,3 Prozent angenommen und das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege trat Mitte 2024 in Kraft. Bis heute haben die Kantone erst einen minimalen Anteil der reservierten Bundesgelder in Anspruch genommen. Der Pflegenotstand wird immer stärker spürbar, deshalb müssen wir handeln, und zwar jetzt, es ist dringend.

Sara Muff: Das Thema ist von ausserordentlich hohem politischen Gewicht, da die Umsetzung der Pflegeinitiative die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung betrifft. Das Anliegen ist zeitkritisch, weil die 1. Etappe bereits in Kraft getreten ist und die Bundesgelder nur befristet zur Verfügung stehen. Ein späteres Eingreifen würde bedeuten, dass die Mittel verfallen und der Pflegenotstand noch weiter verschärft wird. Das Anliegen kann nicht aufgeschoben werden, weil es um akute Vollzugsdefizite geht. Zudem liegt es eindeutig in der Zuständigkeit des Kantons, sowohl bezüglich der Ausbildungsbeiträge als auch in Bezug auf die Kontrollen bei den Gesundheitseinrichtungen. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Auch unser Rat teilt die Haltung, dass es wichtig ist, den Pflegenotstand anzugehen. Die Umsetzung der 1. Etappe der Pflegeinitiative läuft bereits und die Gelder sind im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingestellt, den Ihr Rat verabschiedet hat. In diesem Sinn ist keine zeitliche Dringlichkeit gegeben, um in dieser Session darüber zu debattieren. Es reicht, wenn wir dies in einer der folgenden Sessionen tun.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 80 zu 33 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittsmehrheit wurde nicht erreicht.